Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5718

23. 08. 76

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Jobst, Engelsberger, Dr. Warnke, Dr. Müller-Hermann, Dr. Narjes, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd) und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 7/5678 –

betr. Personalpolitik bei der Bayerischen Lloyd Schiffahrts-AG sowie die Wettbewerbssituation der deutschen Donauschiffahrt

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen – VIII A 4 – 0 1942 – 25/76 – hat mit Schreiben vom 20. August 1976 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr wie folgt beantwortet:

1. Handelt es sich bei dem für den Aufsichtsrat der Bayerischen Lloyd Schiffahrts AG benannten Geschäftsführer Grunwald – wie in bayerischen Kreisen behauptet wird – um den Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn?

Es trifft zu, daß Herr Dr. Günter Grunwald Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, ist. Er wurde einstimmig in den Aufsichtsrat der Bayerischen Lloyd Schiffahrts-AG, an der neben anderen Aktionären der Bund mit rd. 58,4 v. H. und der Freistaat Bayern mit rd. 34,1 v. H. beteiligt sind, gewählt.

2. Falls ja: Durch welche besonderen Kenntnisse und Erfahrungen ist er für diese Tätigkeit prädestiniert?

Herr Dr. Grunwald besitzt – auch aus seiner Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats der Hoesch Siegerlandwerke AG und als Geschäftsführer des Verbandes der gemeinwirtschaftlichen Geschäftsbanken – besondere Kenntnisse und langjährige Erfahrungen auf den Gebieten des Bankwesens und der internationalen Beziehungen, namentlich des Osthandels. Er wird die Bayerische Lloyd Schiffahrts-AG vor allem bei ihren Bemühungen um ein höheres Frachtaufkommen und um die Verbesserung der Fracht- und Tarifabkommen mit den Staatsreedereien der östlichen Donau-Länder beraten und unterstützen können.

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

3. Ist die Bundesregierung bereit, je einem Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hans-Seidel-Stiftung ein Aufsichtsratsmandat zu geben, um Gleichheit für alle politischen Kräfte zu wahren?

Die Bundesregierung sieht keinen Grund, die Geschäftsführer von politischen Parteien nahestehenden Stiftungen generell von Aufsichtsrats-Mandaten auszuschließen. Sie ist jedoch nicht bereit, ihnen nur deshalb Mandate zu übertragen, „um Gleichheit für alle politischen Kräfte zu wahren". Dies würde auf eine Politisierung der Aufsichtsräte hinauslaufen, die die Bundesregierung ablehnt.

4. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung konkret eingeleitet, um der deutschen Donauschiffahrt in ihrem ungleichen Wettbewerb mit den Ostflotten zu helfen, und wann sind erste Ergebnisse dieser Maßnahmen zu erwarten?

Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen der Bayerischen Lloyd Schiffahrts-AG, sich in ungleicher Wettbewerbssituation zu behaupten. Sie drängt darauf, daß die zwischen den Schiffahrtsgesellschaften getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden und ist bestrebt, in bilateralen Verträgen mit den Staatshandelsländern des Donauraums das Befahren der deutschen Wasserstraßen im einzelnen zu regeln, wobei eine angemessene Ladungsbeteiligung der deutschen Schiffahrt zu auskömmlichen Frachten auch auf der Donau sichergestellt sein muß.

Durchschlagende Auswirkungen der Bemühungen der Bundesregierung um eine dauernde Verbesserung der Wettbewerbssituation der deutschen Donauschiffahrt können erst nach Abschluß dieser Verträge erwartet werden.

Darüber hinaus haben der Bund und der Freistaat Bayern – auch als Eigentümer der Bayerischen Lloyd Schiffahrts-AG – laufend die finanzielle und wirtschaftliche Leistungskraft der deutschen Donauschiffahrt gestärkt.